

TTIP – Handelspartnerschaft wie und für wen?

Das neue Handelsabkommen feministisch betrachtet

WAS steckt hinter TTIP?

Das TTIP - *Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement* soll den Markt der USA und der EU-Länder für Produktimporte, Dienstleistungen und für Investitionen weiter öffnen. Es soll ein maximales Ausmaß an Liberalisierung erfolgen, die europäischen und US-Konzernen sowie Investoren höchste Standards für ihre Investitionen als Schutz garantieren. Dieses Abkommen ist auch in einem größeren Zusammenhang zu sehen, da seit den 1990er Jahren solche bilateralen Abkommen von 500 auf ca. 3000 zugenommen haben. Abgesichert werden sollen diese durch den „Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus“, welcher es Konzernen ermöglicht, Staaten zu klagen. Auch wenn dieser Streitbeilegungsmechanismus auf Grund der massiven Proteste der Zivilgesellschaft nun nicht mehr privaten Schiedsgerichten überlassen werden soll, so ist doch auch der geplante multilaterale Investitionsgerichtshof ein Sonderrecht, das nur Investor_innen genehmigt wird. Niemand sonst in der Gesellschaft kann ein solches Recht in Anspruch nehmen. Diese Sonderregelung wird sogar ohne jegliche Verpflichtung der Investor_innen, Leistungen für das Gemeinwohl zu erbringen, geplant. Weiters ist ein transatlantischer regulatorischer Rat geplant, der Unternehmensverbände zu „Co-Gesetzgebern“ macht. Mit diesen Errichtungen würde ein enormer Schritt zur Schwächung der politischen Akteur_innen und somit der Demokratie getan.

Diese Handels- und Investitionspartnerschaft zielt 1. auf die Reduzierung von Zöllen, bei denen es jedoch kaum mehr etwas zu reduzieren gibt, 2. in einem wesentlich größeren Umfang auf nichttarifäre Handelshemmnisse und 3. auf optimale Bedingungen für Investor_innen.

Als WIDE schauen wir aus einer feministischen Perspektive auf: WER verhandelt und WIE und besonders auch auch WAS und für WEN da verhandelt wird.

WER verhandelt WIE?

Die Partnerschaft besteht bis jetzt zwischen der Kommission, dem nicht demokratisch legitimierten Organ der EU, und „600 offiziellen Beratern“ und Vertretern europäischer und US-amerikanischer Konzerne. Es handelt sich also um eine sehr ausgewählte Partnerschaft, jedenfalls ohne Partnerinnen. Denn Frauen-NGOs/Gruppen sowie Gewerkschaften oder andere zivilgesellschaftliche Vertreter_innen waren weder eingebunden noch informiert, noch waren ihnen, im Unterschied zu den Konzernlobbyisten, die Dokumente zugänglich. Doch wird gerade das „verhandelt“, was u.a. Frauenorganisationen mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft an Regelungen im Bereich Gesundheit, Hygiene, Ernährung, Sicherheit, Umwelt und Arbeit erreicht haben. Außerdem soll über Umfang und Qualität von öffentlichen Gütern und mögliche Privatisierungen verhandelt werden. Dieses Erreichte heißt in der Sprache des internationalen Handels: Nicht-Tarifäre Handelshemmnisse bzw. Markteintritts- und Investitionshemmnisse.

Die Verhandlungen laufen seit Juni 2013 unter Missachtung aller demokratischen Grundregeln wie Transparenz, Information sowie ohne repräsentativer Mitbestimmung *aller* gesellschaftlichen Gruppen. Die auf Druck der Zivilgesellschaft erreichten Einsichtmöglichkeiten von Parlamentarier_innen in die Verhandlungsthemen sind pseudodemokratische Feigenblätter, die nur dazu dienen sollen, den massiven Protest zu mindern. Demokratie ist jedoch gerade aus frauenpolitischer Sicht eine zentrale Errungenschaft, da sie die Voraussetzung für eine von Frauen mitbestimmte Rechtsordnung, deren Gesetze und Kontrolle darstellt. Nur weil es Gesetze und einen nachvollziehbaren Rechtsweg gibt, haben Frauen Rechte, auf die sie sich berufen und die sie auch einklagen können. Die geplanten ad hoc Schiedsgerichte, nun multilateraler Investitionsgerichtshof genannt, würden diese Errungenschaften eines nachvollziehbaren Rechtsweges aushebeln, da diese weder einem nationalen Recht noch dem Völkerrecht unterliegen.

Für wen sorgt diese Partnerschaft?

Die Partnerschaft verspricht Wohlfahrtseffekte, sagt jedoch nicht für wen. Die prognostizierten quantitativen Wohlfahrtseffekte sind gering und scheinen zudem äußerst unsicher, da eine Vorausschau bis 2027 sehr wagemutig ist.

Steuergelder für Konzerne?

Aus unserer Sicht ist das TTIP ein großes Umverteilungsprojekt „nach oben“. Denkbar ist, dass es zu einer Art Enteignung von öffentlichen Gütern durch Privatisierung und einem Zugriff auf die öffentlichen Budgets – z.B. durch Entschädigungszahlungen bei einem Schuldspruch zu Lasten von Staaten – kommt. So würden Steueraufkommen u.a. von Leistungen für Frauen zu den Konzernen umverteilt werden. Es wird eine Umverteilung von Steueraufkommen sein, zu dem diese Konzerne wenig bis nichts beitragen werden, denn die Konzernbesteuerungsregelungen sind schon jetzt in vielen EU-Ländern äußerst günstig für Konzerne. Auch sind US-Konzerne verwöhnt damit, – fast – keine Steuern zu zahlen. Ebenso sind US-Konzerne laut dem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz sehr versiert, Vermögen zu sich umzuverteilen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erbringen (rent seeking). Das steht im Gegensatz zur Situation von vielen Frauen, die für (oftmals geringe) Löhne immer eine Gegenleistung zu erbringen haben und vielfach Arbeiten tun, ohne dafür eine monetäre Gegenleistung zu erhalten.

Aus Erfahrung und Vernetzung wird Frau klug

Die Handels- und Investitionspartnerschaft will für mehr Arbeitsplätze sorgen. Abgesehen davon, dass die prognostizierten Zahlen einen Tropfen auf dem heißen Stein darstellen, muss ganz grundsätzlich gefragt werden: Wann bringen Erwerbsarbeitsplätze für Frauen Wohlfahrt statt Ausbeutung? Das tun sie zum Beispiel dann, wenn existenzsichernde Löhne bezahlt werden, wenn Berufs- und Familienarbeit vereinbar sind, wenn Frauen ihre Qualifikationen in der Erwerbsarbeit anwenden und weiterentwickeln können, wenn Frauen die Möglichkeit haben, Führungspositionen zu erreichen, wenn sie sozial- und arbeitsrechtlich gut abgesichert sind und dies auch kontrollierbar ist, wenn Arbeitnehmer_innen sich gewerkschaftlich organisieren können, wenn es Betriebsrätinnen und damit Mitbestimmung gibt. Bereits abgeschlossene Abkommen, wie zum Beispiel das zwischen Mexiko, Kanada und USA (NAFTA) machen deutlich, dass bezüglich all dieser Punkte große Skepsis angebracht ist. Denn in der Umsetzung dieses Abkommens ist es zu einer Ausweitung atypischer

Erwerbsarbeit und somit zu einem Anstieg prekärer Arbeitsplätze gekommen. In US-Konzernen gibt es zwar Diversitätsprogramme, die Frauenerwerbsarbeit gleichstellen, doch beschäftigen Konzerne zu einem immer höheren Anteil Frauen als Leiharbeitskräfte, für die diese Kriterien nicht gelten.

Um dem entgegenzuwirken, bräuchte es starke Gewerkschaften. Doch die in Europa bereits bestehende Entwicklung, diese zu schwächen, könnte durch die gewerkschafts-averse Praxis von US-Konzernen und deren Bestreben nach transatlantischer Harmonisierung vorangetrieben werden. Somit ist zu befürchten, dass Frauen auch diesmal in Niedriglohnjobs mit prekären atypischen Arbeitsverträgen gedrängt werden, die einer Ausbeutung gleichen.

PflegeFalle?

Gemessen an der gesamten Wertschöpfung und der Mehrzahl der Beschäftigten befinden wir uns in der EU in Dienstleistungsökonomien. In Österreich arbeiten rund 83% der erwerbstätigen Frauen in Dienstleistungsbereichen. Einer dieser Bereiche ist der Pflegebereich. So könnte mit dem TTIP der Markt weiter für gewinnorientierte Pflegeheimbetreiber geöffnet werden. Da mehr Frauen als Männer ein hohes Alter erreichen, brauchen sie auch mehr Pflegeleistungen. Außerdem ist der Großteil der bezahlten Pfleger_innen Frauen. Aus beiden Gründen ist es bezüglich der Wohlfahrtseffekte essentiell, wie in diesen Heimen gepflegt und gearbeitet wird, welche Care-Standards dort gelten, und vor allem auch, dass diese nicht nach unten harmonisiert werden. Ob es hier zu einer Deregulierung nach unten kommt, wird auch ganz wesentlich mitbestimmen, wie viel unbezahlte Care-Arbeit von Frauen geleistet werden muss.

MehrWert für Frauen?

Was bleibt also für Frauen vom Versprechen der Wohlfahrtseffekte? Mehr unbezahlte Arbeit, weil öffentliche Güter privatisiert, bepreist, vergibt werden? Gefahren für Gesundheit, Ernährung, Sicherheit, weil die diesbezüglichen Schutzbestimmungen als Nicht-Tarifäre Handelshemmnisse gelockert bis beseitigt werden? Mehr unbezahlte Konsumarbeit, weil Produktauszeichnungsvorschriften als Nicht-Tarifäre Handelshemmnisse reduziert werden und es viel Zeit und Arbeit braucht, sich die Informationen zu beschaffen, welche Inhaltsstoffe enthalten sind, „womit das Huhn behandelt wurde“? Erhöhte geographische Mobilitätsanforderungen an erwerbstätige Mütter und Väter, sodass weniger freie Zeit vorhanden ist und mehr Ausgaben für ihre Kinder notwendig sind? Weniger freie Zeit durch – mehr – Überstunden?

WIDE fordert: STOP TTIP!

Der französische Präsident Hollande sagte am 11.2. 2014 während seines Staatsbesuchs in Washington zu den TTIP-Verhandlungen: „We have everything to gain moving quickly. Otherwise, as we know all too well, there will be a build-up of fears, threats and tensions“. Das ist das Gegenteil eines demokratischen Verhandlungsprozesses. Daher ist WIDE für STOP TTIP, CETA und TISA!